

## Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Willy Brandt und Richard Nixon (Washington, 29. September 1973)

**Legende:** Während seines Besuchs in den Vereinigten Staaten vom 23. bis 29. September 1973 trifft der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt den amerikanischen Präsidenten Richard Nixon, um vor allem über dessen geplante Europa-Reise und die Transatlantische Erklärung zu sprechen.

**Quelle:** PA AA, [s.l.]. B 150 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. [VS-Bd. 9961 (204)].

**Urheberrecht:** (c) Copyright-Hinweis:

Die Originale der Dokumente, deren Abschriften bzw. Faksimiles hier veröffentlicht sind, befinden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, und nur der Text dieser Originaldokumente kann maßgeblich sein. Jegliche Nach- und/oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen der in dieser Internet-Seite enthaltenen Archivmaterialien des Auswärtigen Amts bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, D-11013 Berlin, Mail: 117-r@diplo.de.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/aufzeichnung\\_des\\_gesprachs\\_zwischen\\_willy\\_brandt\\_und\\_richard\\_nixon\\_washington\\_29\\_september\\_1973-de-f39611a1-a3b3-4a8f-9781-0c5d0cbcc371.html](http://www.cvce.eu/obj/aufzeichnung_des_gesprachs_zwischen_willy_brandt_und_richard_nixon_washington_29_september_1973-de-f39611a1-a3b3-4a8f-9781-0c5d0cbcc371.html)

**Publication date:** 03/07/2013

## Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Willy Brandt und Richard Nixon (Washington, 29. September 1973)

Mit anwesend: Außenminister Dr. Kissinger, General Scowcroft, Ministerialdirektor van Well, Botschafter von Staden

Der Bundeskanzler leitete das Gespräch mit der Feststellung ein, daß im atlantischen Dialog seit dem Mai Fortschritte gemacht worden seien. Die Entscheidung, wann der Präsident Europa besuchen wolle, läge allein bei ihm selbst; er sei jederzeit willkommen. Deutscherseits würde man einen Besuch noch in diesem Jahr begrüßen. Natürlich könnte die Reise auch später stattfinden, doch wenn er, der Herr Bundeskanzler, einen Rat geben sollte, würde er sagen: So bald als möglich.

Der Präsident beglückwünschte den Herrn Bundeskanzler zur deutschen Reaktion auf seine atlantische Initiative, die er als eine „opportunity“ bezeichnete. Die Vereinigten Staaten hätten mit der Verkündung des „Year of Europe“ keinerlei Absicht, die Europäer in eine unerwünschte Richtung zu drängen. Der Präsident erwähnte dann die besondere Verantwortung der größeren der beteiligten Länder. Zum Zeitpunkt führte er aus, daß es bei Begegnungen zwischen leitenden Staatsmännern darauf ankäme, im voraus genau zu wissen, wohin die Reise ginge. Man brauche Substanz und nicht Symbolik. Deshalb sei die Vorbereitung so wichtig, wobei die Vereinigten Staaten sich keine dominierende Rolle anmaßen. In einer Zeit der Entspannung sei es besonders wichtig, in der Allianz die Probleme kooperativ anzusprechen, die die Verbündeten seit Jahren beschäftigten. Die Periode der Entspannung sei zu begrüßen, schließe aber die Gefahr einer vorzeitigen Schwächung der Allianz ein. Die Sowjetunion fahre fort, ihre militärische Kraft zu erhöhen. Der Präsident schloß seine Antwort mit dem Hinweis ab, daß kein Land ein größeres Interesse an einem guten Ergebnis des atlantischen Dialogs haben könne als die Bundesrepublik Deutschland.

Der Herr Bundeskanzler stimmte zu, daß die Reise mehr als eine protokollarische Bedeutung haben müsse, erinnerte aber daran, daß auch die Symbolik eine Rolle spiele. Der Präsident werde 1974 Breschnew treffen. Auch er selbst werde mit dem Generalsekretär in der zweiten Jahreshälfte zusammentreffen, Präsident Pompidou wohl noch früher. Auch ein Treffen zwischen dem Generalsekretär und dem britischen Ministerpräsidenten sei nicht ausgeschlossen. Deshalb sollte die Demonstration der atlantischen Gipfeltreffen nicht zu spät erfolgen.

Der Präsident erwiderte, daß er über seine Reise im Anschluß an den Besuch von Kissinger in Europa Mitte Oktober beschließen wolle, und zwar im Lichte des bis dahin gemachten Fortschritts.

Der Herr Bundeskanzler äußerte die Hoffnung, daß auch Bonn besucht werde (der Präsident stimmte zu) und daß der Präsident auch für Berlin einige Stunden finden werde (die Reaktion des Präsidenten hierauf klang positiv). (Er sagte sinngemäß: Ja, ich verstehe, daß gerade in diesem Falle die Symbolik Substanz bedeutet.) Der Herr Bundeskanzler entwickelte dann seine Verfahrensvorschläge für die Zusammentreffen im Kreise der Allianz und mit der EG.

Der Präsident begrüßte insbesondere den Verfahrensvorschlag für die Begegnung in der Allianz als ausgezeichnet und zeigte sich betont befriedigt darüber, daß dieser Vorschlag vom Herrn Bundeskanzler ausging.

Auf den kanadischen Entwurf für eine Deklaration der Allianz eingehend, führte der Bundeskanzler aus, daß er dafür sei, diese Erklärung möglichst auf Sicherheitsfragen zu konzentrieren und möglichst wenig ideologische Elemente hineinzubringen. Dies könne nur zu unerwünschten Diskussionen über die inneren Verhältnisse einiger Allianz-Mitglieder führen.

Außenminister Kissinger stimmte dem zu und kündigte an, daß die USA ihre eigenen Vorschläge in der nächsten Woche oder Anfang der übernächsten Woche einbringen würden. Zu den Themen, die in der NATO-Deklaration behandelt werden müßten, gehörten MBFR und SALT.

Der Präsident indossierte die Ausführungen Kissingers, er stimmte dem Gedanken zu, daß die ideologischen

Elemente vornehmlich in der Deklaration der USA mit der Gemeinschaft ihren Platz haben sollten.

Der Herr Bundeskanzler erläuterte seine Vorstellungen zum Treffen des Präsidenten mit der EG, das zweckmäßigerweise nach dem Allianz-Treffen stattfinden sollte. Die Außenminister aller Gemeinschaftsländer sollten teilnehmen, doch sollten der Regierungschef der Präsidialmacht und der Präsident der Kommission als Sprecher fungieren. Der Herr Bundeskanzler erwähnte die Sorge Kanadas, nicht beteiligt zu werden.

Der Präsident erinnerte daran, daß Kanada an der Allianz-Erklärung beteiligt wäre, stimmte aber der Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers zu, daß Kanada sich in geeigneter Weise auch der Erklärung mit der EG assoziieren könnte, wenn es in der Lage wäre, ihr zuzustimmen.

Außenminister Kissinger erwähnte kurz die japanischen Überlegungen und die Möglichkeit einer sehr allgemeinen Deklaration, die Japan, zusammen mit allen anderen unterzeichnen würde.

Außenminister Kissinger ging dann noch einmal auf seine schon früher mehrfach geäußerten Gedanken ein, daß der atlantische Dialog nicht als Konfrontation erscheinen dürfe und daß die USA es nicht akzeptieren könnten, wenn die Neun Positionen vorlegten, die nicht mehr veränderbar seien und einen Sprecher beauftragten, der keine Verhandlungsvollmacht habe. Der Verfahrensvorschlag des Herrn Bundeskanzlers für das Treffen mit der EG sei akzeptabel, wenn ein guter Deklarationsentwurf erarbeitet werden könnte und das Zusammentreffen in der Allianz auf der richtigen Ebene stattfinden würde.

Der Herr Bundeskanzler stellte unter Beifall des Präsidenten fest, daß wir immer bilaterale Kontakte parallel zu multilateralen Gesprächen vorgesehen hätten. Allerdings werde es im Verlauf der weiteren Entwicklung immer häufiger werden, daß Europa mit einer Stimme spreche, und das möge gelegentlich auch Probleme aufwerfen. Man werde aber in vernünftiger Weise vorgehen.

Der Präsident erwiderte, daß man auf eine wachsende Gefahr der Isolation in den Vereinigten Staaten achtgeben müsse. Man werde einen schrecklichen Preis zu zahlen haben, wenn im Kongreß der Eindruck entstehen sollte, daß Europa sich gegen die Vereinigten Staaten verbündete. Man sähe den gemeinsamen Markt realistisch, aber wirtschaftlich kompetitiv, und dürfe nicht die politischen Konfrontationen übersehen.

Der Präsident erwähnte dann das Jackson-Nunn-Amendment, wobei er den konstruktiven Charakter der bisherigen Offset-Vereinbarungen mit der Bundesrepublik unterstrich.

Außenminister Kissinger wies daraufhin, daß es im Kongreß in diesen Fragen starke Gefühle (strong feelings) gäbe. Gerade deshalb sei das Jahr Europas so wichtig. Vor allem müsse man Solidarität demonstrieren. Es werde heftige Kämpfe mit dem Kongreß geben. Der Präsident habe die Administration angewiesen, alles ihr nur Mögliche zu tun. Die Auswirkungen werde man besonders spüren.

Der Präsident erwähnte, daß einige Vertreter im Kongreß begännen, die Gefahr zu sehen, die in einer Doktrin der „big fortress America“ liegen würde. Dies sei keine Option in einer Zeit, in der die Vereinigten Staaten ihre große nukleare Übermacht nicht mehr hätten.

Außenminister Kissinger bemerkte, daß die älteren Demokraten für die Politik der Administration seien, während die jüngeren sich in bezug auf Europa vielfach ähnlich verhielten wie bisher in bezug auf Vietnam.

Der Präsident wies darauf hin, daß die Lage im Hause besser sei und sagte, daß eine möglichst großzügige Offset-Regelung sehr günstig wäre. Der Herr Bundeskanzler sprach die Hoffnung aus, daß der Präsident und die amerikanische Seite ausreichend würdigten, wie hilfreich sich die Bundesrepublik in der Währungsfrage gezeigt habe.

Der Präsident unterstrich noch einmal, daß man gegenüber dem Kongreß ein Problem habe, mit dem man jedoch fertigwerden könne. Das Konzept des „Year of Europe“ habe in diesem Zusammenhang größte Bedeutung (tremendous importance).

Mit einigen kurzen Bemerkungen darüber, wie die atlantische Solidarität auch in allen Gesprächen mit Vertretern der Presse zu unterstreichen ist, würdigte der Präsident abschließend die staatsmännische Leistung des Herrn Bundeskanzlers und bekräftigte seinen Wunsch, mit ihm so eng wie möglich zusammenzuarbeiten.

Außenminister Kissinger erwähnte, daß er nach der Wintertagung des NATO-Rats nach Fürth kommen werde.